

Nicht die Kirchtürme, sondern die Menschen zählen ...

Gespräch mit Bischof Wolfgang Huber

*Dr. Wolfgang Huber
ist EKD-Ratspräsident und Bischof der
Evangelischen Kirche in Berlin-
Brandenburg-schlesische Oberlausitz.*

*Das Gespräch führten
Bernd Janowski und Dr. Hans Krag.*

In einigen Regionen Brandenburgs, in der Prignitz, Uckermark oder Niederlausitz, hat ein Pfarrer inzwischen durchschnittlich zwölf bis fünfzehn Kirchen zu betreuen. In vielen Filialorten finden Gottesdienste nur noch alle vier Wochen, manchmal seltener, statt. Wie sehen Sie die heutige Situation der Kirche im ländlichen Bereich?

Wir sollten nicht die Kirchtürme zählen, für die ein Pfarrer verantwortlich ist, sondern die Menschen. Das hilft vielleicht, auf die wirklichen Ursachen der schwierigen Situation zu kommen. Wir haben, insbesondere in der Uckermark und in der Prignitz, über die letzten Jahre einen dramatischen Rückgang der Bevölkerung erlebt und verbunden damit auch einen Rückgang der Gemeindegliederzahlen. Wir sind gerade in diesen Bereichen noch immer in einer Situation, in der nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung zur Kirche gehört. Und wenn Sie die Zahl der Gemeindeglieder nehmen und den Verantwortungsbereich eines Pfarrers oder einer Pfarrerin in einer ländlichen Region vergleichen mit der Verantwortung in einer städtischen Region, dann muss man zugeben, dass diese Relationen nicht vergleichbar sind. Das Pfarramt in der ländlichen Region kann also nicht mehr so wahrgenommen werden, wie man das von der Vergangenheit her gewohnt war. Wir befinden uns in einem Umstellungsprozess. Wenn man dann noch weiß, dass sich gerade die ländliche Bevölkerung nicht so schnell auf neue Bedingungen umstellt, dann hat man einen weiteren Hinweis auf die heutigen Schwierigkeiten.

Wie könnte die Situation in zwanzig Jahren aussehen?

Wir haben – nicht für das Jahr 2025, sondern für das Jahr 2010 – eine Konzeption entwickelt. Sie besagt, dass wir auch bei kleiner werdenden Gemeinden die Bedeutung der Kirche im Dorf auf-



Bischof Dr. Wolfgang Huber und seine Frau Kara beim Konzert in der Dorfkirche Ketzür

recht erhalten wollen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es, auch mit Hilfe vieler Fördervereine, in einem sehr bemerkenswerten Umfang gelungen ist, Kirchengebäude funktionsfähig zu erhalten, so dass wieder Gottesdienst darin stattfinden kann.

Man darf die Frage, ob ein Gottesdienst stattfindet, nicht mehr ausschließlich davon abhängig machen, ob ein Pfarrer oder eine Pfarrerin dafür zur Verfügung steht. Die Menschen vor Ort müssen selbst den Mut und den Willen entwickeln, dass sie diesen Gottesdienst wollen, dass sie die Kirche aufschließen, dass in dieser Kirche etwas stattfindet. Dann ist es gut, wenn Pfarrerinnen und Pfarrer verlässlich zu einem bestimmten Datum kommen, unter Umständen auch unter der Woche. Regelmäßiger Gottesdienst jedoch darf nicht exklusiv von der Pfarrerin oder dem Pfarrer abhängig gemacht werden.

Der Pfarrerberuf wird in diesen ländlichen Regionen künftig etwas vom Wanderprediger haben, etwas vom ambulanten Gewerbe, wie manche mit heiterer Ironie sagen. Es wird ganz wichtig sein, dass die Amtshandlungen verlässlich von den Pfarrerinnen und Pfarrern wahrgenommen werden. Ebenso wichtig

wird es sein, die Frequenz der Gottesdienste nicht danach zu bemessen, wie viele Gottesdienste ein Pfarrer an einem Sonntag halten kann, wobei man dann unter Umständen auf eine Frequenz von sechs Wochen kommt. Ich bin dafür, in den ländlichen Regionen die Häufigkeit der Gottesdienste eher zu erhöhen als zu vermindern – aber nicht mit der Erwartung, dass bei jedem dieser Gottesdienste eine Pfarrerin oder ein Pfarrer dabei sein wird.

Lektorengottesdienste sind ja in den meisten Regionen bisher nur ein frommer Wunsch ...

Nichts gegen fromme Wünsche! Fromme Wünsche sind das Wichtigste, was Christen überhaupt haben können, und wer nur gelten lässt, was ohnehin schon passiert, wird überhaupt nichts Neues zustande bringen. Insofern kommen wir gar nicht darum herum, uns auch im Blick auf die ländlichen Regionen Ziele zu setzen. Und diese Ziele lasse ich mir nicht durch Hinweise darauf ausreden, dass wir jetzt noch nicht so weit sind.

Generell bin ich davon überzeugt, dass mehr Möglichkeiten und Potentiale zur Mitarbeit in den Gemeinden auch



Lesung im Rahmen des Dorfkirkensommers in der Kirche von Alt Placht

im ländlichen Raum vorhanden sind, sowohl bei der Gestaltung des Gottesdienstes als auch bei der Mitverantwortung für die praktisch-wirtschaftlichen Fragen der Gemeinden.

Brauchen wir in dieser Situation noch in jedem Dorf eine Kirche? Es ist ja nach protestantischem Verständnis durchaus möglich, den Gottesdienst auch an jedem anderen Ort zu feiern.

Bevor ich die Frage stelle, ob wir in jedem Dorf eine Kirche brauchen, stelle ich vorher die Frage, ob wir in jedem Dorf eine selbstständige Gemeinde mit einer eigenen Kasse, mit einer eigenen Verwaltung und mit einem eigenen Gemeindegemeinderat brauchen. Die Region, die eine Pfarrstelle trägt, wird künftig organisatorisch und im Gemeindezuschnitt anders organisiert sein müssen als früher. Dass ein Pfarrer mit zwölf Dörfern gleichzeitig zwölf Haushalte und zwölf Gemeindegemeinderäte hat – das halte ich nicht für notwendig und nicht für angemessen.

An dieser Stelle würde ich ansetzen bei der Diskussion, ob noch in jedem Dorf eine Kirche gebraucht wird. Gottesdienst kann selbstverständlich auch an anderen Orten stattfinden. Die Kirchengebäude sind jedoch ein wichtiger Teil unseres kulturellen, kirchlichen und religiösen Erbes. Mit diesem uns anvertrauten Erbe müssen wir verantwortlich umgehen. Deshalb freue ich mich für jeden einzelnen Fall, in dem dafür eine gute Lösung gefunden wird. Auch für die Zukunft trete ich dafür ein, dass wir die Zahl der Umwidmungen von Kirchen und erst recht der Aufgabe von Kirchengebäuden auf das

wirklich absolut unvermeidliche Minimum reduzieren.

Vielleicht werden Kirchengebäude vom Stellenwert her in der heutigen Zeit auch überbewertet. Benötigt die Institution Kirche ihre Gebäude, um im ländlichen Raum noch präsent zu sein?

Ich halte es für einen Fortschritt im Bewusstsein der Menschen, dass der besondere Charakter von Kirchengebäuden wieder stärker geachtet wird. Das gilt für ländliche wie für städtische Bedingungen. Auf dem Lande hat man in zurückliegenden Jahrzehnten viele Kirchengebäude verfallen lassen, hat sie als Lagerstätten zweckentfremdet und ähnliches getan. Umso erfreulicher ist, dass die Menschen jetzt wieder den Wert der Kirchengebäude zu schätzen wissen. Unter städtischen Bedingungen forcierte man seinerzeit die Errichtung von Funktionsgebäuden, von Gemeindezentren, die unter Umständen gar keinen ausgewiesenen Gottesdienstraum mehr hatten. Doch in den letzten Jahren hat sich in dieser Hinsicht eine Korrekturbewegung vollzogen, die ich für eine sehr verheißungsvolle Entwicklung halte. Das Besondere eines Kirchengebäudes ist, dass man hier aus dem Rhythmus des Alltags herauskommt – Entschleunigung nennt man das heute, Verlangsamung; hier bietet sich eine Aura, die die Begegnung mit Gott fördert, die eine Begegnung mit dem Heiligen möglich macht.

Es ist kein Zufall, dass auch die kleineren Dorfkirchen Kirchtürme haben, die die Horizontale mit der Vertikalen verbinden. Sie zeigen ein Orientierungsangebot an, das hinausreicht über

das, was wir uns selber sagen und klar machen können. Irgend etwas davon spüren auch diejenigen Menschen, die das Kirchengebäude vor allem von außen und nur selten von innen anschauen. Als Kirche sind wir gut beraten, wenn wir mit diesen Gefühlen und Einstellungen der Menschen achtsam umgehen und uns nicht einbilden, wir könnten kirchliche Planung am Reißbrett entwickeln.

Ich werde es nie vergessen, wie mir der damalige Superintendent des Kirchenkreises Prenzlau, Klaus-Heinrich Kanstein, beim ersten Besuch, den ich noch vor meinem Amtsantritt als Bischof dort machte, die Situation seines Kirchenkreises schilderte. Er legte mir die Zahl der Kirchengebäude sowie die Zahl der Gemeinden dar und sagte: Wenn wir jetzt am Reißbrett kirchliches Leben im Kirchenkreis Prenzlau zu entwickeln hätten, dann könnten wir an die strategisch richtigen Stellen drei Gemeindezentren platzieren, mit ausreichend großen Parkplätzen drum herum. Dort könnten die Menschen aus der jeweiligen Region sich am Sonntagvormittag treffen. Die Frage ist: Würden sie denn dann kommen? Die Antwort heißt: Nein – weil für sie Kirche verbunden ist mit der Beheimatung am eigenen Ort, zentriert um den Kirchturm, der zu diesem Ort gehört.

Das ist so und das hat auch sein Gutes; nur müssen die Menschen dann auch bereit sein, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass kirchliches Leben am Ort tatsächlich stattfindet. Sie können nicht erwarten, in einer solchen Form einfach nur kirchlich versorgt zu werden. Das ist auch nicht der Fall. Es gibt viele, die zum Geschehen in ihren Kirchen beitragen und beispielsweise für den Schmuck und das Sauberhalten der Kirche sorgen oder bei der Instandhaltung mit ihrer eigenen Hände Arbeit helfen. Wir haben Grund zur Dankbarkeit für die vielen positiven Ansätze. Sie können und müssen weiter entwickelt werden.

Wie schätzen Sie auf längere Sicht die Entwicklung der Kirchenmitglieder ein?

Wir leben in einer Region, in der sich die deutsche Wohnbevölkerung insgesamt in den nächsten Jahren rückläufig entwickeln wird. An der Überalterung der Wohnbevölkerung in unserer Region hat die Kirche sogar überproportional Anteil – aus Gründen, die noch mit der Entwicklung in der Zeit der DDR zusammenhängen. Deswegen muss man realistisch damit rechnen, unsere missionarischen Bemühungen eingerechnet, dass die absolute Zahl der Gemeindeglieder nicht steigen, sondern eher

noch ein ganzes Stück weit zurückgehen wird.

... und auf ganz Deutschland bezogen?

Auch auf ganz Deutschland bezogen gilt das. Sie wissen, dass wir die Wohnbevölkerung nicht einmal dann in den nächsten Jahrzehnten aufrecht erhalten werden, wenn wir mit einer erheblichen Zuwanderung rechnen. Und Sie wissen auch, dass wir es bei dieser Zuwanderung nicht gerade mit zuwandernden Protestanten zu tun haben werden. Insofern ist auch in Deutschland insgesamt mit einem zahlenmäßigen Rückgang zu rechnen. Um so wichtiger ist es, dass wir dann in der künftigen Gesell-

schaft, die religiös pluraler sein wird, eine selbstbewusste evangelische Kirche und selbstbewusste evangelische Gemeinden haben. Es gibt überhaupt keinen Grund zur Resignation; die skizzierte Entwicklung enthält vielmehr eine Herausforderung für alle, die zur evangelischen Kirche gehören, selbstbewusst ihren Glauben mit anderen zu teilen und Mitmenschen zu helfen, ein neues Verhältnis zur Kirche und zur Gemeinde zu entwickeln. Das ist die Perspektive, unter der man diese Entwicklung anschauen muss. Und für diese Perspektive sind neue Ansätze von Gemeindebildung und Gemeindeaufbau ein unglaublich wichtiger Vorgang.

Es gibt etliche Beispiele dafür, dass Kirchenbau langfristig gemeindebildend wirkt. Auch deshalb ist es unsere Absicht, dort zu helfen, wo Gemeinden allein zu schwach sind, ihre Kirchen zu erhalten. Denn wo der Kirchturm in den Dörfern nicht mehr präsent ist, da ist Kirche oft auch als Institution nicht mehr präsent.

Ich habe ebenso wie Sie wahrgenommen, dass sich um die Instandsetzung einer Kirche tatsächlich vielfach Prozesse des Gemeindeaufbaus herumrankten, dass für manche der Beteiligten das Mittun eine wirkliche Erstbegegnung mit dem Inhalt dessen ist, wofür Kirche steht. Und ich freue mich darüber sehr; wo immer ich kann, mache ich zu solchen Entwicklungen Mut.

Oft sind es tatsächlich Menschen, die der Institution Kirche fern stehen, die sofort protestieren und aktiv werden, wenn »ihrer« Kirche im Dorf möglicherweise das Aus droht. Das Gotteshaus ist eben auch Symbol für Heimat, Geborgenheit. – Die Gebäude stammen aus einer Zeit, als Kirchengemeinde und politische Gemeinde deckungsgleich waren, als die gesamte Gesellschaft auch zum Unterhalt beigetragen hat. Inwieweit kann man »die Gesellschaft« heute für den Erhalt der Kirchengebäude in die Verantwortung nehmen?

Das geschieht ja faktisch. Es gibt ein verbreitetes Bewusstsein dafür, dass das Kirchengebäude ein öffentliches Gebäude ist in einer Weise, die über seine kirchliche Funktion hinausweist. Öffentliches Gebäude ist es schon als Ort des Gottesdienstes, weil der Gottesdienst ein öffentliches Geschehen ist; die Glocken laden zum Gottesdienst ein und machen damit den öffentlichen Charakter des Gottesdienstes ganz eindeutig klar. Es ist ein ortsbildprägender Bau, der eng verflochten ist mit der Ortsgeschichte. Die Jubiläen des Dorfes hängen ganz oft mit den Ursprungsdaten von Kirchen zusammen. Alle Höhen und Tiefen in der Ortsgeschichte wie in der persönlichen Biografie sind eng mit dem Kirchengebäude verbunden.

Eine öffentliche Beteiligung an den Kosten, die mit der Instandhaltung von Kirchen verbunden sind, hängt oft ganz eng mit den Aktivitäten der Fördervereine zusammen. Sie sind ja keineswegs deckungsgleich mit den jeweiligen Kirchengemeinden. Oft werden sie sogar mehrheitlich von Menschen mitgetragen, denen das Kirchengebäude wichtig ist, auch wenn sie nicht zur Kirchengemeinde gehören. Alles, was an Spenden- und Sponsorenmitteln auf diese Weise mobilisiert wird, ist ein Beitrag der Öff-



Ruine der Dorfkirche Flieth (Landkreis Uckermark) |



Architekturbüro im Dachgeschoss der Dorfkirche von Netzeband |

fentlichkeit, ein gesellschaftlicher Beitrag zur Instandhaltung der Kirchen. Es kommt dazu, dass das Land Brandenburg sich ganz bewusst zu der Aufgabe bekannt hat, hier einen erheblichen finanziellen Beitrag zu leisten. Ich bin zuversichtlich, dass auch unter den jetzigen sehr schwierigen Zeiten die Zusage eingehalten wird, dass die Mittel für die Instandhaltung von Kirchengebäuden, die im Staatskirchenvertrag enthalten sind, weiter gezahlt werden.

Nun ist das Land Brandenburg gerade für ein Jahr aus der Finanzierung des Brandenburger Doms ausgestiegen ...

Das Land Brandenburg ist wegen des Haushaltsausgleichs 2003 für ein Jahr aus einem Teil dieser Mittel ausgestiegen. Diese Mittel sind aber nicht aufgegeben, sondern sind gestundet. Diese Stundung ist ausdrücklich mit der Vereinbarung verbunden, dass der Vertrag weiterhin gilt und vom Jahre 2004 an auch wieder planmäßig bedient wird.

Größere Sorgen macht mir verglichen damit die Tatsache, dass der Bund aus dem Programm »Dach und Fach« ausgestiegen ist – und zwar in einer Weise, die für mein Verständnis von vollkommen illusionären Vorstellungen darüber ausgeht, wie lange die Nachho-

laufgabe der Instandsetzung von Kulturdenkmälern im Osten Deutschlands dauert – als eine nationale Aufgabe.

Der Förderkreis Alte Kirchen hatte in dieser Angelegenheit einen Briefwechsel mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Frau Christina Weiss. Sie ließ uns mitteilen, dass sie davon ausgehe, die flächendeckende Verbesserung der kulturellen Infrastruktur in den neuen Ländern sei bereits erreicht und verwies auf die Kulturhoheit der Länder.

Die Begründung, dass solche Instandsetzungen nach dem föderalistischen Prinzip der Bundesrepublik nicht Bundesangelegenheit sein können, verkennt vollständig, dass der Ausgleich der Differenz zwischen den westlichen und den östlichen Bundesländern insgesamt eine nationale Aufgabe ist und nicht nur eine föderale. Zu der noch immer bestehenden Ungleichheit der Lebensverhältnisse gehört auch, dass die kulturellen Manifestationen der Geschichte im Osten Deutschlands in der Zeit der DDR in weiten Teilen stiefmütterlich bis fahrlässig behandelt worden sind. Das auszugleichen, ist eine Gemeinschaftsaufgabe und nicht nur Aufgabe der einzelnen Bundesländer. Des-

wegen kann ich mich auch nicht damit einverstanden erklären, dass nur noch Mittel für herausragende Kulturdenkmäler zur Verfügung stehen sollen, für sogenannte kulturelle Leuchttürme. Für die kulturelle Infrastruktur eines Landes kommt es nicht nur auf die Leuchttürme an, sondern – um im Bild zu bleiben – auch auf die Befahrbarkeit der Wasserstraßen.

Wie weit lassen sich, wenn wir eine gesellschaftliche Mitverantwortung für die Erhaltung von Kirchengebäuden einfordern, daraus resultierende Nutzungserweiterungen rechtfertigen? Wie weit können Gemeinden sich gegenüber Kommunen, Fördervereinen, aber teilweise auch für kommerzielle Nutzungen öffnen? Was ist möglich über die Konzerte und Ausstellungen hinaus, die vielerorts bereits stattfinden.

Die Konzerte und Ausstellungen zeigen, dass eine Mehrfachnutzung von Kirchengebäuden nicht nur akzeptabel, sondern auch gewünscht ist. Es handelt sich dabei um eine alte Tradition der Kirchengebäude und nicht etwa um etwas, das aus der Not unserer Gegenwart geboren ist. Für frühere Zeiten gilt noch viel mehr als für die Gegenwart, dass der Kirchenraum oft der einzige öffentliche

Veranstaltungsraum gewesen ist, ein Ort des Austauschs von Nachrichten, ein Ort des lebendigen Gesprächs. In unserer Gegenwart ist diese Funktion auf eine sehr eindrucksvolle Weise wiederbelebt worden. Gerade in der Wende des Jahres 1989 ist den Kirchengebäuden eine wichtige öffentliche Funktion zugewachsen, die vom Gottesdienst ausging – Friedensgebete waren der Ausgangspunkt. Eine erweiterte Nutzung, die mit dem gottesdienstlichen Geschehen vereinbar ist und damit nicht im Widerspruch steht, schließt ganz vielfältige Möglichkeiten ein. Auch über Konzerte, Lesungen, Ausstellungen hinaus bin ich und ist unsere Kirche gegenüber der Nutzung von Kirchengebäuden zu außerkirchlichen Zwecken sehr aufgeschlossen. Wir haben eine Handreichung entwickelt, in der Gesichtspunkte dafür dargestellt sind, was möglich ist und was nicht. Je klarer die gottesdienstliche Bestimmung des Kirchengebäudes praktiziert wird, desto offener kann man für zusätzliche Nutzungen sein. Auch unter diesem Gesichtspunkt bin ich sehr besorgt, wenn in einer Kirche nur noch alle sechs Wochen oder seltener Gottesdienst gefeiert wird – weil dann immer mehr ins Unklare rückt, wofür sie eigentlich steht. Wenn dagegen regelmäßig Gottesdienst stattfindet und darüber hinaus zusätzliche Veranstaltungen Raum erhalten, dann hat niemand einen Zweifel daran, was die primäre Aufgabenbestimmung dieses Gebäudes ist.

Bei kommerziellen Nutzungen gibt es ganz sicher Grenzen; diese sind bei Dorfkirchen vielleicht nicht einmal so naheliegend wie bei Stadtkirchen, wo die Begehrlichkeit, die Kirche als »Location« für problematische Zwecke zu nutzen, viel weiter verbreitet ist. Man muss in solchen Fällen auch den Mut haben, nein zu sagen. Eine weite Nutzung hält man nur durch, wenn man auch bereit ist, an bestimmten Stellen Grenzen zu ziehen. Ängstlich jedoch braucht man innerhalb dieser Grenzen nicht zu sein.

Die beiden umstrittensten Punkte in der von Ihnen angesprochenen Orientierungshilfe betreffen ja das Selbstverständnis der Kirche: nichtkirchliche Trauerfeiern und nichtkirchliche Eheschließungen. Nun machte kürzlich eine Gemeinde von sich reden, die standesamtliche Trauungen in ihrer Kirche anbietet will und sich dadurch finanzielle Einnahmen erhofft. Wie steht die Landeskirche dazu?

Fangen wir bei dieser zweiten Frage an: Es ist vollkommen eindeutig, dass diese Gemeinde für eine solche Nutzung ihrer Kirche keine Billigung der Kirchenleitung oder des Konsistoriums erhalten wird. Das Standesamt ist das Standesamt; es ist eine staatliche Einrichtung – und die Kirche ist die Kirche. Ganz unabhängig von der Frage, wie viel Geld es dafür gibt, ist genau hier eine Grenze zu ziehen. Wer die Kirche zum Ort der standesamtlichen Trauung macht,

dazu noch in Fällen, in denen eine kirchliche Trauung gar nicht vorgesehen ist, der setzt auf Beliebigkeit und missachtet, was Kirche eigentlich ist.

Für weltliche Beisetzungsfeste gilt im Prinzip das gleiche. Natürlich werden wir im Einzelfall Trauernde nicht im Regen stehen lassen und ihnen gegebenenfalls »Asyl« im Kirchengebäude geben. Aber prinzipiell haben wir in unserer Handreichung auch dies ausgeschlossen.

Schließlich die Frage, die an das Schmerzlichste rührt: Wie sieht es mit der endgültigen Aufgabe von Kirchengebäuden aus, mit Verkauf, Verpachtung und – als ultima ratio – dem Abbruch von Kirchengebäuden?

Da haben wir eine eindeutige Prioritätenliste: Wenn wir uns wirklich von einem Kirchengebäude trennen müssen und sich auch keine andere christliche Religionsgemeinschaft findet, die es in ihre Trägerschaft übernimmt, dann sollte zumindest versucht werden, es für eine öffentliche Nutzung zu erhalten. Denn das waren und sind Kirchen ja immer gewesen: öffentliche Räume. Erst dann kann eine Abgabe, z. B. an Private, erwogen werden. Und im Einzelfall muss vielleicht auch über einen Abbruch nachgedacht werden. Aber so wie es bisher gelungen ist, eine solche Erwägung auf seltene Ausnahmefälle zu beschränken, so soll das auch in Zukunft bleiben.

Jedes Pfarramt ist eine

Kircheneintrittsstelle

Darüber hinaus finden Sie Kircheneintrittsstellen
im Berliner Dom, Berlin-Mitte, Telefon (030) 20 45 11 00,
in der Kirche zum Heiligen Kreuz, Berlin-Kreuzberg, Telefon (030) 20 45 11 02 und
in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Berlin-Charlottenburg, Telefon (030) 20 45 11 01

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Info-Telefon (030) 24 34 41 21
www.ekbo.org

Eintreten –
damit Weite in Ihr Leben kommt



Anzeige